

Susanne Pickel/Gert Pickel

Politische Kulturforschung

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	6
Tabellenverzeichnis.....	7
Vorwort	8
1 Einleitung – Was ist politische Kulturforschung?	9
2 Grundlegende methodische Anmerkungen	19
2.1 Die politische Kulturforschung und ihr methodisches Grundverständnis	19
2.2 Politische Umfrageforschung als methodische Basis politischer Kulturforschung	21
2.3 Die Indikatorenproblematik in der vergleichenden Umfrageforschung.....	25
2.4 Aggregation und das Mikro-Makro-Problem	29
2.5 Kernliteratur	33
3 Kerngedanken politischer Kulturforschung	35
3.1 Was ist politische Kultur?	35
3.2 Die Beziehung zwischen Struktur und Kultur und ihre Bedeutung für Stabilität in der politischen Kulturforschung	38
3.2.1 Stabilität als Basiserkenntnisziel	38
3.2.2 Die Beziehung zwischen Struktur und Kultur.....	40
3.2.3 Politische Kulturforschung zwischen Mikro- und Makroebene.....	41
3.2.4 Politische Kultur und Verhalten.....	42
3.3 Kernliteratur	44
4 Konzepte der politischen Kulturforschung	45
4.1 Der Ansatz von Gabriel Almond und Sidney Verba – Die Genese der politischen Kulturforschung	45
4.1.1 Almond und Verbas Grundkonzept und die Typisierung der politischen Kulturen.....	47
4.1.2 Kongruenz von politischer Kultur und Struktur.....	52
4.1.3 Die Ergebnisse der „Civic Culture“-Studie.....	55
4.1.4 Kritik an der Civic Culture-Studie	61
4.1.5 Eine Nachfolgestudie als Mastersample – ‘Political Culture and Political Development’ (1965).....	62
4.2 Subjektive Legitimität nach Seymour Martin Lipset und politische Unterstützung nach David Easton	67
4.2.1 Seymour Martin Lipset: Politische Kulturforschung und Legitimität.....	67
4.2.2 David Easton: Kernelemente des Konzeptes der politischen Unterstützung.....	74

4.2.3	Legitimitätskrise westlicher Demokratien?.....	81
4.3	Kritikpunkte am Konzept der politischen Kultur	89
4.3.1	Die Rational-Choice-Kritik.....	91
4.3.2	Die kulturalistische Kritik	94
4.3.3	Fazit: Getrennte Kritik – gleiches Ziel	99
4.4	Verzweigung der politischen Kulturforschung? Die Kulturalisten.....	100
4.4.1	Karl Rohe – Sozio- und Deutungskultur.....	100
4.4.2	Deutsche Rezeption und Erweiterungen.....	104
4.5	Auf dem Weg zur Demokratieanalyse – Weiterentwicklung des Konzepts.....	107
4.5.1	Konzeptionelle Anpassungen und Modifikationen: Dieter Fuchs und Bettina Westle	107
4.5.2	Demokratische politische Kultur bei Larry Diamond	117
4.5.3	Pippa Norris – Diffuse und spezifische Unterstützung als Kontinuum.....	120
4.5.4	Susanne Pickel – Demokratische politische Kultur und Demokratieverständnis..	130
	Kernliteratur.....	134
5	Spezielle Konzepte der politischen Kulturforschung	136
5.1	Wertewandel, politische Kultur, emanzipatorische Werte und Demokratie	137
5.1.1	Das Konzept des Wertewandels von Ronald Inglehart	137
5.1.2	Freedom Rising? Erweiterungen und politikwissenschaftliche Implikationen	147
5.2	Robert Putnam – Soziales Kapital und die Sozialkapitalforschung.....	152
5.3	Viele Weiterentwicklungen in der politischen Kulturforschung, das gleiche Ziel	160
5.4	Kernliteratur	163
6	Ausgewählte aktuelle Fragen und Diskussionen der politischen Kulturforschung.....	165
6.1	Politische Kulturforschung und Demokratiemessung	165
6.2	Legitimität auch in Autokratien?!	168
6.3	Kampf der Kulturen? Migration, Religion, Identitäten und politische Kultur.....	172
6.3.1	Kampf der Kulturen? Samuel Huntingtons kulturalistische Provokation der westlichen Globalisierung	172
6.3.2	Migration und ihre Auswirkungen auf die politischen Kulturen.....	177
6.4	Populismus, Extremismus und die „richtige“ politische Gemeinschaft	182
6.4.1	Was haben politische Kultur, Populismus und Extremismus miteinander zu tun?	182
6.4.2	Extremismus, Rechtsextremismus und politische Kultur.....	183
6.4.3	Der Aufschwung des Populismus – Die neue Gefahr für die Demokratie?.....	187
6.5	Kernliteratur	195

7	Zusammenfassung, Fazit, Ausblick	196
	Literatur.....	199

Abbildungsverzeichnis

Abb. 2.1: Indikatoren der politischen Kulturforschung	27
Abb. 3.1: Politische Kultur zwischen Mikro- und Makroebene des politischen Systems.....	41
Abb. 4.1: Dimensionen politischer Überzeugungen	48
Abb. 4.2: Typen politischer Kultur nach Almond und Verba	49
Abb. 4.3: Zusammensetzung der Civic Culture (CC)	51
Abb. 4.4: Kongruenz und Inkongruenz von Kultur und Struktur I.....	53
Abb. 4.5: Kongruenz und Inkongruenz von Kultur und Struktur II.....	53
Abb. 4.6: Ländereinordnung und Ergebnisse der Kernindikatoren.....	57
Abb. 4.7: Ländertypologisierung nach Seymour M. Lipset - Relationale Bewertung des Stabilitätsgrades: $A > B > C > D$	70
Abb. 4.8: Lipsets Schema in der Anwendung	73
Abb. 4.9: Konzept politischer Unterstützung nach Easton.....	76
Abb. 4.10: Einstufung des Demokratiefortschrittes am Beispiel von Indikatoren der politischen Unterstützung 1999	79
Abb. 4.11: Legitimitätsverluste in westlichen Gesellschaften	82
Abb. 4.13: „Die Coleman´sche Badewanne“	93
Abb. 4.14: Das Grid-Group Design und seine Dimensionen	97
Abb. 4.15: Analytisches Schema zu politischer Unterstützung.....	108
Abb. 4.16: Hierarchien politischer Unterstützung	109
Abb. 4.17: Einstellungsebenenmodell eines demokratischen Systems.....	111
Abb. 4.18: Konzeptualisierung politischer Unterstützung des politischen Systems nach Westle	116
Abb. 4.19: Kausalitätsmodell demokratischer Legitimität	119
Abb. 4.20: Indikatoren der Systemunterstützung.....	123
Abb. 4.22: Allgemeines Modell demokratischer Defizite	126
Abb. 4.23: Demokratiedefizite 2005-2007	128
Abb. 4.24: Demokratieverständnis und politische Kultur	132
Abb. 5.1: Die Pyramide der Bedürfnisse nach Maslow.....	141
Abb. 5.2: Operationalisierung von Wertprioritäten nach Inglehart.....	143
Abb. 5.3: Das Wertekreismodell nach Shalom Schwartz	146

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beurteilung der Demokratie im internationalen Vergleich	85
Tabelle 2: Indikatoren zur Messung der politischen Unterstützung nach Norris (2011)	125
Tabelle 3: Gründe für den Konflikt der Kulturen	174

Vorwort

Dass die Unterstützung politischer Systeme durch ihre Bevölkerungen eine wesentliche Bedeutung für das Überleben von Demokratien, aber auch Autokratien, darstellt, haben zuletzt die Entwicklungen im arabischen Raum gezeigt. Ohne zumindest die Duldung der Bürger dürfte wohl kaum ein politisches System langfristig überleben. Auch wenn diese Erkenntnis vielerorts vorhanden ist, scheint es in der Politikwissenschaft manchmal aber so, als müsste man dies immer wieder neu feststellen. Das ist bemerkenswert, denn die Grundlagen der politischen Kulturforschung sind seit vielen Jahrzehnten bekannt und auch in der einen oder anderen Weise in den Kanon der Politikwissenschaft und dort insbesondere vergleichenden Politikwissenschaft integriert. Dieses Missverhältnis zwischen aktivem und passivem Wissen um die Bedeutung der politischen Kultur führte uns dazu, 2006 ein Lehrbuch vorzulegen, das sich schwerpunktmäßig mit der vergleichenden politischen Kultur- und Demokratieforschung auseinandersetzte. Mittlerweile hat sich die Forschung und Wissenschaft auf beiden Gebieten deutlich weiterentwickelt, sodass wir die Themen erneut in den Blick nehmen. Wie sich zeigt ist die politische Kulturforschung dabei keineswegs obsolet geworden. Im Gegenteil zeigen gerade die neusten politischen Entwicklungen, dass den Haltungen und Einstellungen der Bürger Beachtung zu schenken ist. Viele fragen sich heute verwundert, wo kommt die Offenheit vieler Menschen für populistische Parolen her und warum scheint es so, dass zwischen den politischen Eliten und Bürgern eine immer stärkere Entfremdung eintritt? Schwindet nun die politische Unterstützung und Legitimität der westlichen Demokratien? Genügend Gründe sich erneut und wieder der politischen Kulturforschung zu widmen. Da eine Überarbeitung in der Regel eine Erhöhung der Seitenzahlen mit sich bringt und beide Betrachtungsgebiete des Ursprungswerkes inhaltlich eine Expansion erfuhren, haben wir uns entschlossen, statt einer einfachen Neuauflage zwei – in Teilen – neue Bücher vorzulegen, die auf unseren Band von 2006 zurückgreifen. Das Ziel bleibt aber das gleiche wie in der ersten Version: Wir streben an, ein Lehrbuch vorzulegen, das Studierenden und Doktoranden bei der Anwendung von Themen der politischen Kulturforschung weiterhilft. Diese Themen sollen möglichst kurz und prägnant, aber nicht kurzatmig dargestellt werden. Mehrere Male diskutierten wir mit Seminarteilnehmern in Greifswald, Frankfurt (Oder), Duisburg und Leipzig Bestandteile des Buches. Den Leidtragenden sei Dank für ihre hilfreichen Kommentare und Verbesserungsvorschläge. Dies gilt auch den verschiedenen Kollegen, die uns auf Ungeheimheiten oder kleinere Fehler hinwiesen. Ansonsten bleibt uns nur noch den Lesern viel Spaß und einen erfolgreichen Erkenntnisprozess bei der Lektüre zu wünschen. Da wir nicht unfehlbar sind, würden wir uns über konstruktive Rückmeldungen freuen, die uns helfen, in der nächsten Auflage entsprechende Verbesserungen vorzunehmen.

Wir widmen diesen Band allen, die mit Interesse und Freude die politische Kulturforschung studieren, anwenden und weiterentwickeln.

Duisburg/Leipzig 31.07.2018

Susanne Pickel

Gert Pickel

1 Einleitung – Was ist politische Kulturforschung?

Im Rahmen der Erklärung und Analyse der Transformationsprozesse in Osteuropa, aber auch vergleichbarer Entwicklungen in Lateinamerika (Mainwaring und Valenzuela 1998), Asien oder Afrika, hat das Konzept der politischen Kulturforschung, das bereits in den 1950er Jahren entwickelt wurde (Almond 1956; Almond und Verba 1963), innerhalb der Politikwissenschaft eine Revitalisierung erfahren (exemplarisch Diamond 1999). Nach einer Phase, in der (neo-)institutionalistische oder akteurszentrierte Ansätze das Feld der vergleichenden Politikwissenschaft beherrschten, wurde der Kultur¹ – genauer den politischen Orientierungen der Bevölkerung – wieder eine größere Bedeutung für die Konstitution des politischen Systems und den Ablauf politischer Prozesse zugestanden (Lauth u.a. 2014). So bemerkt Dirk Berg-Schlosser in einem resümierenden Aufsatz: „Selbst Autoren, die Konzept und möglichen Ertrag der P.K.-Forschung lange Zeit skeptisch gegenüberstanden, verwenden diesen Begriff heute ohne Skrupel und konstatieren: the study of political culture as defined in the Almond-Verba tradition is an established component of political science studies in western democracies“ (Berg-Schlosser 1999: 78). Ein Grund für die Renaissance kulturalistischer Ansätze (Inglehart 1988) ist die unzureichende Erklärungskraft rein ökonomisch-struktureller, institutioneller oder auf die Eliten der Länder ausgerichteter Ansätze der internationalen Transformationsforschung für Fragen der Konsolidierung oder Gefährdung junger Demokratien. Oft erwiesen sich Resultate des politischen Akteurshandelns (auf verschiedenen Ebenen innerhalb der Stufen des Policy-Making-Prozesses) in den Transformationsländern aus den genannten Ansätzen heraus als nur begrenzt erklärbar. Zudem standen sie nicht immer in Einklang mit den ökonomischen Entwicklungen, aber vor allem auch den Interessen der Bürger. Die hohe Fluktuation der politischen Führungseliten in Folge von Wahlen trug ebenfalls zum Wiederaufkommen der kulturalistischen Ansätze im Rahmen der Transformationsforschung bei. Sie förderte eine administratorische Instabilität der Entscheidungsmacht der politischen Akteure – eine Konstellation, wie sie für Transformationsländer nicht untypisch ist und z.B. in Osteuropa in den letzten Jahrzehnten häufig zu beobachten war. Bemerkenswert daran: Es sind gerade die Bevölkerungen, welche die Machthaber um ihre Herrschaft oder auch wieder an die Macht bringen. Das Setzen auf ein die Bürger ignorierendes Elitenhandeln erwies sich in Osteuropa, wie auch in Westeuropa als überholte Herrschaftsstrategie.²

Der Wechsel des politischen Einflusses ist entsprechend hochgradig von den politischen Einstellungen und daraus resultierenden Handlungen der Bürger abhängig. Dies bedeutet nicht, dass die alternativen Erklärungsthesen (institutionalistisch, ökonomisch oder akteurstheoretisch) keine Bedeutung besitzen. Ihre Wirkung entfaltet sich aber oft erst über die Vermittlungsstation „Bürger“. Dabei sind für das angeführte Beispiel Osteuropa bis heute kaum größere, durch institutionelle Arrangements bedingte Abweichungen von den beobachtbaren „trial and error“-Mustern

¹ Bereits an dieser Stelle sei angeführt, dass es sich, wenn keine abweichende Definition erfolgt, in diesem Buch überwiegend um eine, auf Einstellungen und Wertorientierungen bezogene, Begriffsverwendung in der Tradition der klassischen politischen Kulturforschung handelt (Almond und Verba 1963).

² Eine bemerkenswerte Feststellung der Überarbeitung dieses Buches war, dass damals wie heute Osteuropa als Paradebeispiel für die Wirkungsmacht der politischen Kultur und politischer Einstellungen der Bürger genommen werden kann.

feststellbar – sieht man einmal ab von neuen populistischen Arrangements. So zeichnet sich Osteuropa heute gerade als das Gebiet ab, in welchem das populistische Umwerben der Bürger für den Machterhalt eine bemerkenswerte Bedeutung erfahren hat. Und dies auch recht erfolgreich, wie der ungarische Ministerpräsident Victor Orban zeigt. Aber auch andere osteuropäische Staaten sind davon nicht ausgenommen. Selbst in dem über Jahrzehnte als viel konsolidierter geltenden Westeuropa ist man vor diesen Entwicklungen nicht gefeit. So bezeichnet man die neue italienische Regierung in den Fernsehnachrichten ohne Skrupel als populistisch und auch in anderen westeuropäischen Ländern haben sich Parteien formiert, welche mit diesem Label behaftet sind. Da alle diese Parteien Bürger bedürfen, die sie wählen und unterstützen, kann man das Phänomen des Populismus nicht einfach nur auf die Eliten- und Angebotsebene der Politik verschieben. Vieles spricht also dafür Zugänge, die Kultur und Bürger nur als Residualkategorie politischen Handelns einordnen, um subjektiv gefärbte Konzepte, wie das der politischen Kulturforschung zu ergänzen. Dafür spricht auch, dass erkennbare Diskrepanzen zwischen den faktischen Installationen von demokratischen Institutionen bzw. marktwirtschaftlichen Organisationen/Prinzipien und praktisch erfahrbaren Bevölkerungsreaktionen (Abwahl der Regierungen und skeptische Einstellungen gegenüber der neuen Demokratie) es zwangsläufig notwendig machen den Bürgern in den Erklärungsmodellen politischer Abläufe mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Damit sind die den Handlungen der Staatsbürger zugrunde liegenden Überzeugungen der Bevölkerungen, vor allem für die Analyse der politischen Prozesse mit Auswirkung auf die Prinzipien und Ausformungen von Demokratie und Marktwirtschaft in den Transformationsländern, stärker zu berücksichtigen als dies in den neoinstitutionalistisch oder elitenorientierten, aber auch makroakteurstheoretischen Ansätzen der Transformationsforschung der Fall ist (Birle und Wagner 2001: 121-125; Kollmogen u.a. 2015). In der Konsequenz wird der Bürger (wieder) als eigenständiger Akteur im politischen Prozess wichtig und muss entsprechend auch gezielt hinsichtlich seiner politischen Überzeugungen analysiert werden.

Doch nicht nur die Belebung der politikwissenschaftlichen Diskussion durch die Transformationsforschung der 1990er Jahre erwies sich als bedeutsamer Faktor für eine Reaktivierung der politischen Kultur- und Demokratieforschung. Bereits in den 1980er Jahren konnte in verschiedenen Schriften der Kulturanthropologie und der Sozialwissenschaften eine Rückbesinnung auf kulturelle Bestimmungsgründe menschlichen Verhaltens festgestellt werden (Douglas und Wildavsky 1982, 1997; Thompson u.a. 1990; Eckstein 1988; Inglehart 1979). Nachdem in den 1960er und 1970er Jahren die Beschäftigung mit kulturellen Erklärungsgründen politischen Verhaltens deutlich zurückgegangen war, griffen nun Forscher wieder vermehrt auf kulturalistische Erklärungen politischer Entscheidungen und politischer Prozesse zurück. Dabei wurde an Traditionslinien der 1940er und 1950er Jahre angeknüpft, die mit Namen wie Lucian Pye, Gabriel Almond, Sidney Verba, Alex Inkeles aber auch Margaret Mead und Ruth Benedikt verbunden sind. Zusammengefasst wurde diese Entwicklung der Sozialwissenschaften der 1980er Jahre unter dem Begriff eines „cultural turn“, der Kultur wieder als wichtigen Erklärungsfaktor gesellschaftlichen Handelns etablierte. Zu den Spezifika des „cultural turn“ zählt die verstärkte Hinwendung zu interdisziplinären Denkmustern, die eine Verzahnung zwischen historischen Prägungen und systematisch-analytischen Betrachtungen der Neuzeit, wie sie z.B. durch die Gedanken der Modernisierungstheorie abgebildet werden, anstrebten und anstreben. Erfolg oder Scheitern von Demokratisierungsbemühungen sowie die verschiedenen Pfade, welche junge Demokratie in ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung einschlugen, ließen kulturelle Faktoren als

mögliche Erklärung unterschiedlicher politischer Entwicklungen denkbar erscheinen. Anders als im ersten Stadium der Auseinandersetzung mit kulturellen Mustern gelang es den Protagonisten kultureller Begründbarkeiten des politischen und gesellschaftlichen Handelns in aller Welt, wie Francis Fukuyama, Lawrence Harrison, Samuel Huntington, Ronald Inglehart oder Robert Putnam, die Diskussion kultureller Beweggründe über die rein wissenschaftliche Debatte hinaus in die Öffentlichkeit zu tragen (Huntington 2000: xiv) und auf gesellschaftlich hoch relevante Thematiken hinzuweisen. Religiöse, ethnische und ethische Konflikte sowie die zunehmende Bedeutung länderübergreifender Entwicklungstendenzen, wie sie in der Globalisierungsdebatte betont werden, taten ihr Übriges für den Aufschwung kultureller Fragestellungen.

Parallel zur gesteigerten Öffentlichkeitswirksamkeit erfolgte die wissenschaftliche Wiederbelebung kultureller Erklärungsmuster. Seymour Martin Lipset (1981), Robert Putnam (1993, 2000; Putnam und Campbell 2010) und Roland Inglehart (1990, 1998; Welzel und Inglehart 2000, 2005, 2018; Welzel 2002, 2013) konnten nun konkretere Nachweise erbringen, dass kulturelle Muster – hauptsächlich als in der Bevölkerung verankerte Wertorientierungen – in der Tat eine Prägekraft für die Pfade der gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen eines Landes oder einer Region besitzen.³ Die Aussagen stützten sie vornehmlich auf eine größere Zahl an empirischen Untersuchungen, die dank ihrer international vergleichenden Konzeption und eines Anwachsens an international vergleichendem Datenmaterial (World Values Surveys, European Values Surveys, European Social Surveys u.a.) eine „härtere empirische Basis“ besitzen als die Belege der früheren Diskussion der 1940er und 1950er Jahre.⁴ Wieder war es vor allem die Erforschung von Systemen im Übergang zwischen autoritären Herrschaftsformen und Demokratie, die ins Zentrum der Betrachtung rückte. So belebten nicht zuletzt die Ergebnisse der Entwicklungsländerforschung (Diamond 1994; Pye und Verba 1965) durch ihre Analysen die Diskussion kultureller Einflüsse. Die Entwicklungsländerforschung – und in ihrer Folge die Area-Forschung – war es aber auch, die immer wieder kritische Fragen an die Verwendbarkeit des wiederaufgenommenen klassischen Ansatzes der politischen Kulturforschung und sein methodisches Vorgehen formulierte. Mit diesen Gedanken kehrt man zum politikwissenschaftlichen Feld der Transformationsforschung und deren Betrachtung von Staaten in Übergangsstadien zwischen autoritären Systemen und Demokratien. Dieser Zugang ist in verschiedener Hinsicht anregend für den Forschungszweig der vergleichenden politischen Kulturforschung.⁵ So ist die Frage nach der Konsolidierung eines demokratischen Systems letztendlich eine Frage nach der

³ Damit erfolgt eine Anknüpfung an die Idee der „cultural patterns“, wie sie schon Ruth Benedict recht frühzeitig herausgestellt hat (1956).

⁴ Allerdings gelang es ihnen auch nicht, das Problem der Kritik an der Survey-Forschung als angeblich ungeeignetem Instrument der Erhebung von politischer Kultur zu umgehen. Diese, noch zu behandelnde, methodische Diskussion begleitet die klassische politische Kulturforschung seit Jahrzehnten.

⁵ Hierfür sind im deutschen Sprachraum die Arbeiten der mittlerweile mit dem Arbeitskreis Interkulturellem Demokratienvergleich fusionierten DVPW-Arbeitsgruppe Systemwechsel als Übersicht des Forschungsbereiches zu empfehlen. Die in ihrem Zusammenhang erarbeiteten Ergebnisse thematisieren unterschiedliche Aspekte von Transformationsprozessen in mehreren Weltregionen in Form von Sammelbänden (Merkel u.a. 1996, 1997, 1998, 2000). Ein neueres Handbuch der Transformationsforschung führt diese (Kollmorgen u.a. 2015).

Stabilität eines politischen Systems und den Bedingungen dafür.⁶ Genau diese Frage nach der Stabilität politischer Systeme stellt seit jeher das zentrale Interessengebiet der politischen Kulturforschung dar. Sie beschäftigt sich mit den Einstellungen der Bürger zu ihrem politischen System und dessen Elementen. Nicht allein dem einzelnen Bürger als politischem Akteur (d.h. als Träger der Einstellungen), sondern seiner gesellschaftlichen Einflusskraft, wie sie z.B. teilweise in den Überlegungen der Zivilgesellschaft ihren Ausdruck findet (z.B. in Form von Beurteilungen des politischen Systems und Folgen im Wahlverhalten), wird in der politischen Kulturforschung Rechnung getragen (Pickel und Pickel 2016).

Mit diesen Ausführungen wird deutlich, dass es sich beim Konzept der politischen Kultur um einen tragenden Ansatz in der Politikwissenschaft handelt, der in gleicher Weise wie institutionelle, strukturfunktionalistische und akteurszentrierte Forschungsansätze eine eigenständige Berechtigung innerhalb der Profession besitzt. Bereits die Ansprüche seiner ersten Formulierung (Almond 1956) stellten sich keine geringere Aufgabe als die Erforschung der Verbindung zwischen Bevölkerung und Staat bzw. politischem System, den individuellen Einstellungen und der nationalen Entwicklung. Damit wurde – in vielen Punkten anschließend an die seinerzeit dominierenden Überlegungen der Systemtheorie (Parsons 1954) – ein kulturalistisches Konzept der Verbindung von Mikrodenken und Makroanalyse angestrebt, wie es bis dato so noch nicht versucht wurde. Es grenzte sich insbesondere von der bis dahin weitgehend vertretenen Meinung einer eher passiven Rolle des Individuums im politischen Prozess ab, wie sie historisch institutionalistische und strukturfunktionalistische Ansätze vertraten und wies dem Bürger eine gewichtigere Bedeutung zu. In den letzten Jahrzehnten wurde eine Vielzahl von Defiziten des Ansatzes der politischen Kultur herausgearbeitet und kritisch diskutiert (zusammenfassend Berg-Schlosser 1999; Pollack und Wielgohs 2000: 66-68; Wiarda 2014). An dieser Stelle seien nur einige Kritikpunkte kurz genannt: So bestehen z.B. Zweifel daran, ob politische Kultur überhaupt einen realen Einfluss auf die Stabilität eines politischen Systems besitzt – oder gar daran, was die Stabilität eines politischen Systems überhaupt bedeutet und wie sie messbar ist. Ebenfalls ungeklärt ist, inwieweit politische Einstellungen und politisches Verhalten miteinander in Verbindung stehen bzw. wie politische Orientierungen empirisch regelgerecht erfasst werden können. Möglicherweise ist ja auch das bislang verwendete Konzept theoretisch viel zu inkonsistent für eine systematische politikwissenschaftliche Forschung bzw. verwendet einen soweit verengten Kulturbegriff, dass die Ergebnisse per se in Frage zu stellen sind (Rohe 1990: 331-332; Behr 2001: 93-95).⁷

Bei all diesen Einwänden wurde die grundsätzliche Notwendigkeit eines solchen (kulturalistischen) Zugangs jedoch kaum in Frage gestellt. Für konkrete empirische Analysen erfolgte immer wieder der Rückgriff auf die etablierten Konzepte der politischen Kulturforschung, wollte man doch in der wissenschaftlichen Diskussion nicht in die (meist negativ angesehene) Verwendung von politischer Kultur als Allerweltsbegriff von politischen Umgangsformen (Berg-Schlosser und

⁶ Der analytische Zielpunkt der Stabilität blieb auch das Zentrum verschiedener Modifikationen des Konzeptes in den folgenden Jahrzehnten (zusammenfassend Dias 1971; Iwand 1985; Rohe 1996; Reisinger 1995) und lässt ihn – trotz aller inhaltlichen Probleme – nach wie vor eine hohe Relevanz gerade für die vergleichende Politikwissenschaft behalten.

⁷ So bezeichnete Max Kaase in einem Beitrag von 1981 das Anliegen politische Kultur zu fassen als den „Versuch einen Pudding an die Wand zu nageln“.

Schissler 1987: 11) zurückfallen. Nützliche Modifikationen, wie die Formulierung weitere Elemente der politischen Kultur, z.B. im Sinne einer Deutungskultur nach Karl Rohe (1996), oder spezifische Ausdehnungen, wie sie z.B. durch die von Robert Putnam 1993 ausgelöste Debatte um soziales Vertrauen und Sozialkapital (siehe Putnam 2001, 2002; Putnam und Campbell 2010; Gabriel u.a. 2002) oder bei Christian Welzel (2013) in Richtung der Bedeutungsbestimmung emanzipatorischer Werte, erkennbar wurden, trugen wesentlich zur Renaissance dieses Forschungszweiges der Politikwissenschaft bei. Nicht vergessen werden darf dabei auch die Wiederbelebung der Fragen nach der Konflikthaftigkeit von Kultur bzw. Religion, die durch strukturelle Entwicklungen eine Neubeschäftigung mit den Thesen Samuel Huntingtons (1996) mit sich brachte. Zudem hat sich mittlerweile der Nutzen der politischen Kulturforschung als gleichzeitig ordnendes Konzept, wie Anleitung für empirische Forschung, bewährt. Greift man auf die vorliegenden Ansätze zurück, so zeigen sie in der Regel eine recht hohe Präzision dessen, was unter politischer Kultur verstanden werden kann. Dieses Verständnis hat sich dabei in verschiedenen (im Buch noch aufgezeigten) Weiterentwicklungen weiter präzisiert (z.B. Norris 1999; Inglehart 2018). Von einem „Pudding“, wie es noch Anfang der 1980er Jahre Max Kaase formulierte, kann also keineswegs mehr gesprochen werden. Vor allem, weil alternative Verständnisse jenseits systematischer Fortschreibungen – wie bei Karl Rohe – kaum mehr Eingang in die politische Kulturforschung finden. Allein das unpräzise Verständnis von politischen Kulturen als politische Stile wabert noch gelegentlich, zumeist über Medien transportiert, durch manche Kommentare und Abhandlungen.

In der Bundesrepublik wurde diese Entwicklung eigentlich erst seit den 1980er Jahren richtig wahrgenommen (Gabriel 1986; Greiffenhagen und Greiffenhagen 1981, 2002). Eine gewisse Expansion erlebte das Konzept mit der deutschen Wiedervereinigung (Fuchs 1996, 1999; Gabriel 2000a; Gensicke 1998; Pickel u.a. 1998; Pollack 1997, 2000; Westle 1998). Grund für das steigende Interesse waren Divergenzen in den politischen Kulturen Ost- und Westdeutschlands trotz gleicher institutioneller Struktur. So wunderte man sich dort über eine Konsistenz dieser Differenzen, speziell in der Demokratiezufriedenheit, die sich bis heute durchgehalten haben (Pickel 2013). Hinzu kommt die erneute Bestätigung des Tatbestandes, dass es sich mit Deutschland um einen exemplarischen Sonderfall für die politische Kulturforschung handelt. So kann es nun quasi als ein experimentelles Design für die Etablierung einer neuen politischen Kultur als Resultat von rapiden sozialem Wandel und geringer Auswahl im institutionellen Umgestaltungsprozess gelten. In Folge der sich daraus entwickelnden Debatte um die Konsequenzen der für das vereinte Deutschland ermittelten Befunde wurden frühere theoretische Kritikpunkte am Ansatz der politischen Kulturforschung neu aufgenommen, präzisiert (Fuchs 2002) und für die Analyse operationalisiert.⁸

Bereits die frühen Zugänge der politischen Kulturforschung weisen sich in gewisser Hinsicht als Demokratieforschung aus, auch wenn dies in den klassischen Ansätzen eher implizit als explizit

⁸ Die *Verwendung Deutschlands (besonders Ostdeutschlands) als exemplarischen Fall* der politischen Kulturforschung ist keine gänzlich neue Erscheinung. Bereits in den frühen Studien der politischen Kulturforschung nahm die neu begründete demokratische Bundesrepublik die Position eines fast experimentellen Designs der Betrachtung des Wandels politischer Kultur ein (Conradt 1980). Damals wie heute lag das zentrale Interesse der Forscher auf dem Versuch, Persistenz oder Wandelbarkeit politischer Überzeugungs- oder Wertstrukturen zu erklären.

passiert. Dies hat sich in neueren Ansätzen teilweise geändert und ermöglicht eine Erweiterung vor allem empirischer Analysen. Sie stellen die Verbindungslinie zwischen den Aspekten der Qualität und der Stabilität demokratischer politischer Systeme dar. Verschiedene Betrachtungen der vergleichenden politikwissenschaftlichen Analyse versuchen dementsprechend die Integration der politischen Kulturforschung in die Überlegungen der vergleichenden Demokratieforschung (Diamond 1999; Welzel 2002, 2013). Diese betreffen theoretische wie empirische Gedanken und stehen einerseits in deutlichem Zusammenhang zu Konzepten der Transitionsforschung (Linz und Stepan 1996; Merkel 1999) auf der anderen Seite werden etablierte Ansätze der Analyse von Demokratie (Lijphart 1971, 1999; Freedom House 2000; Vanhannen 1997) mit den politisch-kulturellen Aspekten verbunden. Mehr und mehr wird versucht strukturelle Erklärungsmuster zu entwickeln, die über die einzelnen Gebiete (Lateinamerika, Osteuropa, Asien etc.) hinausgehen und sich als generalisierbare Muster auf andere Regionen übertragen lassen. Ein Beispiel sind die Überlegungen zum Ablauf von Transformationen, die von ihrem früheren Anwendungsgebiet Lateinamerika auf Osteuropa transferiert wurden. Aber auch eine Ausweitung der Diskussionen auf den asiatischen Raum ist zu beachten (Croissant 2002), wobei die Forschung über dieses Gebiet eher noch in Nordamerika beheimatet ist und bislang auf dem europäischen Kontinent nur begrenzt Einzug in die wissenschaftliche Analyse fand. Ein Problem dieser Ausweitungen ist der gewählte Referenzmaßstab für die Bewertung der erforschten Gebiete. So wird nach wie vor ein westliches, genauer ein amerikanisches, Grundmodell von Demokratie als Bewertungsrahmen verwendet, was auf die Genese des Forschungszweiges und den Sitz seiner zentralen Protagonisten in den USA zurückzuführen ist. Dieses „traveling“-Problem⁹ ist eine Schwierigkeit, die der politischen Kulturforschung bereits seit ihrer Frühzeit anhaftet. Es konnte trotz einer Vielzahl an Einwänden (besonders seitens der Entwicklungsländerforschung) bislang noch nicht befriedigend gelöst werden (Derichs 1998; Schubert 2012; Schubert und Weiß 2016). Immer noch müssen sich das Konzept der politischen Kulturforschung wie auch die empirische Demokratiemessung den Vorwurf eines „kulturellen Hegemonialismus“ gefallen lassen. Möglicherweise ist jedoch zur Erzielung inhaltlich weiterführender Aussagen die Festlegung eines Referenzpunktes notwendig, ist eine vergleichende Analyse und ihre Interpretation ohne Referenzpunkt doch schwierig durchzuführen. Fraglich ist dann aber trotzdem, ob dies gerade eine Demokratie amerikanischer Prägung sein muss. Entsprechend bleiben Für und Wider der Referenz auf die amerikanische Demokratie in der Fachdiskussion weiterhin oft umstritten, wenngleich allerdings auch systematische Alternativen zu diesem Zugriff genauso wenig vorgelegt wurden, wie die Bestimmung eines differenzierten Demokratieverständnisses bei den Bürgern noch immer eher am Anfang steht. Gerade für die vergleichende Betrachtung ist es entsprechend immer angebracht, transparent mit seinen Annahmen umzugehen und den erzielten empirischen Ergebnissen eine gewisse interkulturelle Sensibilität in der Interpretation angedeihen zu lassen.

Ein Aspekt, der für die Demokratie als durchaus tragfähigen Zielpunkt der politischen Kulturforschung spricht, sind Erkenntnisse aus aktuellen Analysen auf der theoretisch-empirischen Ebene

⁹ Der Begriff des „traveling“ eines Konzeptes bezieht sich auf die (gelegentlich unzulässige) Übertragung eines theoretischen Konzeptes von einem Anwendungsgebiet auf ein anderes Gebiet. Dies kann die Übertragung von einem inhaltlichen Gebiet auf ein benachbartes Gebiet sein, wie von einer Region, in der und für die ein Konzept entwickelt wurde, auf andere Regionen. Gerade letzteres wird gelegentlich der klassischen politischen Kulturforschung vorgeworfen.

(Norris 1999; Fuchs 2002; Lane und Ersson 2002; Welzel 2013). Hier entsteht die Möglichkeit politische Kultur in einzelne – zwar miteinander verbundene, aber doch getrennte und eigenständige – Bestandteile zu zerlegen, die wiederum Kern weiterer Analysen und Untersuchungen sind. Diese Weiterentwicklung erscheint als wesentlicher Fortschritt der politischen Kulturforschung, da sie das dem Ansatz immanente Problem des „conceptual stretching“ des Konzeptes erheblich reduziert und einen klaren Bezugspunkt für empirische Analysen schafft.¹⁰ Zwar wird damit nicht die grundsätzliche Frage – was politische Kultur begrifflich präzise ist – beantwortet, aber es ist nun möglich bestimmte Orientierungen in ihrer Differenzierung, Bedingtheit durch andere Faktoren und Auswirkung präziser zu erfassen. Dies lässt einen Rückschluss auf die Legitimität und damit auch die Stabilität einzelner politischer Systeme zu, was ja die zentrale Zielfrage der politischen Kulturforschung darstellt. Dies schließt Ausweitungen der Fragestellungen, z.B. auch auf autoritäre politische Systeme nicht aus (Kailitz und Köllner 2012), fordert nur eben eine stärkere Differenzierung sowohl auf der kulturellen (Einstellungs)Ebene als auch auf der Ebene der (strukturellen) Objekte der Einstellungen.

Wo ist nun die politische Kulturforschung wissenschaftlich zu verorten? Selbst wenn man sie zentral der Disziplin Politikwissenschaft zuordnet und dort eine besonders starke Wahrnehmung im Spektrum der vergleichenden Politikwissenschaft feststellt (Almond und Verba 1963; Berg-Schlosser 1987; Lauth u.a. 2014), besitzt sie starke Anleihen an die Kultur- und Sozialanthropologie, die Soziologie, die Ökonomie und die Sozialpsychologie. Vor allem der Kulturanthropologie der frühen Jahre kommt für die Entwicklung des Gedankens, (politische) Kultur in die Erklärung sozialer und politischer Prozesse zu integrieren, eine hervorzuhebende Bedeutung zu. So wurde dort zuerst die Diversität von kulturellen Erscheinungen als Forschungsinteresse formuliert und der Gedanke des „Vergleichens“ als methodisches Design herausgestellt. Greiffenhagen und Greiffenhagen (2002: 389) sprechen sogar davon, dass die politische Kulturforschung zentral vom Vergleich lebt: „Der wichtigste Impuls für die politische Kulturforschung, nämlich der Vergleich von früher und heute, hier und dort, liefert gleichzeitig eine ihrer wichtigsten Methoden.“ Dementsprechend ist es die komparative Komponente, welche der politischen Kulturforschung ihre größten Erkenntnisgewinne ermöglicht. Dies liegt darin begründet, dass politische Kulturen in ihrer Basisnatur Aggregatphänomene sind. Eine Person hat Einstellungen, aber eben keine politische Kultur. Über diese kann nur ein Land, ein Gebiet, eine Region verfügen. In diesem Zusammenhang interessant sind Ausführungen, welche versuchen regionale politische Kulturen zu bestimmen (Mannewitz 2015; Werz und Koschkar 2016). Inwieweit dies erfolgreich sein kann muss die Zukunft zeigen, leiden die Ergebnisse dieser Forschungsrichtung doch bislang noch an dem Problem klar regionale politische Bezugsobjekte zu bestimmen, welche in den Augen der Bürger eine weitreichendere Bedeutung besitzen. Gleichwohl macht es Sinn nicht nur in supranationale Richtung zu forschen, was zum Beispiel die Frage nach der Europäischen

¹⁰ „*Conceptual Stretching*“ umschreibt den Vorgang, dass ein bestehendes theoretisches Konzept in seinem Geltungsbereich so weit ausgedehnt wird, dass auch andere Phänomene, die vorher dadurch nicht eingeschlossen wurden, in das Konzept einbezogen werden. Das Problem eines solchen Vorgehens liegt unter anderem darin, dass auch nicht vorgesehene oder aber auch nicht passende Phänomene mit einem Konzept zu erklärend versucht werden. Man kann dann von einer „Überdehnung“ eines Konzeptes sprechen. Lauth fügt noch den Tatbestand hinzu, dass „neue empirische Befunde, auch wenn diese nicht genau passen, einem Typus zugeordnet werden und diesen damit unschärfer werden lassen“ (Lauth 2004: 39).

Union als politisches Objekt politischer Kultur beinhaltet, sondern auch regionale und kleinteilige Räume für empirische Analysen in den Blick zu nehmen. Hintergrund solcher Entwicklungen ist, dass die ursprüngliche Polarisierung zwischen partikularistischen Ansätzen (Ansätze, die sich insbesondere auf unterschiedliche Entwicklungen in unterschiedlichen Teilgebieten eines Wissenschaftszweiges beziehen und nur dort zur Erklärung von sozialen und politischen Phänomenen beitragen) und universalistischen Ansätzen (Ansätze, die einen allgemeinen, übergreifenden Erklärungsanspruch anmelden) mittlerweile in vielerlei Hinsicht aufgelöst hat. Grund sind die Ausbreitung intensivierter statistischer Methoden und der Steigerung der Analysemöglichkeiten aufgrund spezialisierterer Computertechnik sowie konzeptionelle, auch interdisziplinäre, Weiterentwicklungen. Mittlerweile versuchen die meisten Forschungsprojekte allgemeine Erklärungen zu erzielen und streben eine universelle Bedeutung von Aussagen an, die über einzelne Kulturen mit ihren kulturspezifischen Mustern hinausgeht, berücksichtigen dabei aber eben die kulturspezifischen Einflüsse als eigenständige Erklärungs- und Rahmenfaktoren (siehe Inglehart 2018; Welzel 2013).¹¹

Ungeachtet der wachsenden Relevanz der politischen Kulturforschung fanden sich in der deutschsprachigen Literatur lange Zeit kaum zusammenfassende Einführungswerke. Zwar existierten einige systematische Umsetzungen der theoretischen, methodischen und empirischen Prämissen des Ansatzes (z.B. Dias 1971; Gabriel 1986; Fuchs 1989; Westle 1998), diese standen aber eher nebeneinander und waren wenig aufeinander bezogen bzw. thematisierten politische Kulturforschung nicht als breiteres Lehrkonzept. Ihre Grundlage war häufig der traditionelle politische Kulturansatzes von Almond und Verba (1963) oder ein bestimmter Bestandteil davon, der dann forschungspragmatisch für das eigene Untersuchungsziel weiterentwickelt wurde. Oft spezialisierten sich die vorgestellten Überlegungen auf einen spezifischen Teil des Ansatzes oder die Interpretation aktuell erhobener Studien. Eine Übersicht mehrerer Ansätze zur politischen Kulturforschung boten Iwand (1985), breitere Diskussionen findet man bei Gabriel (1986), Fuchs (1989) und Westle (1989).¹² Ungeachtet der bahnbrechenden Bedeutung dieser Werke für die Etablierung der politischen Kulturforschung auch im deutschsprachigen Raum, stand diese geringe systematische Behandlung des Themas immer im Missverhältnis zu dem steigenden Interesse gerade jüngerer Hochschuldozenten an geeignetem Lehrmaterial. Dies änderte sich erst nach der Jahrtausendwende mit dann einer – auch übersichtlichen – Zahl an Einführungswerken, welche Grundzüge und Entwicklungslinien der politischen Kultur- und Demokratieforschung oder eine Gegenüberstellung von Kritik und Reaktion sowie Kritik an der Kritik bereitstellte (Pickel und Pickel 2006; Gabriel und Westle 2009; Salzborn 2009). Gleichzeitig ist der Bedarf an

¹¹ Gerade die Entwicklungen der letzten Jahre unterstreichen dies. Mehr und mehr wird Wert auf eine grundsätzlich Staaten und Regionen vergleichende Form der Analyse gelegt. Dabei besitzt gerade der politische Kulturansatz eine methodische und inhaltliche Spannbreite wie kaum ein anderer politikwissenschaftlicher Forschungsansatz, bewegt er sich doch auf der einen Seite auf der Aggregatebene der Erklärung von Länderunterschieden, auf der anderen Seite auf der Mikro- oder Individualebene der Erklärung von Einstellungen in verschiedenen Ländern. Bei diesem Vorhaben kommt der vergleichenden Umfrageforschung besondere Bedeutung zu (Almond und Verba 1963; Inglehart 1990; van Deth und Scarborough 1995; Pickel und Pickel 2016).

¹² Bei der Mehrzahl der Veröffentlichungen zum Thema handelt es sich um räumlich begrenzte (z.B. auf Lateinamerika oder Osteuropa konzentriert), wie auch theoretisch und empirisch auf partielle Objekte des Systems eingeschränkte Analysen (politisches Institutionenvertrauen, Beurteilung der Demokratieverformanz) der demokratischen Überzeugungen (Fuchs u.a. 1997; Klingemann 2000; Plasser u.a. 1998; Plasser und Ulram 1996; Pollack u.a. 2003).

Informationen über die politische Kulturforschung damit nicht befriedigt, vor allem aber erzwingen die gerade in den letzten Jahren präsentierten Erweiterungen der Ansätze der politischen Kulturforschung wie auch die fast dramatischen politischen Entwicklungen eine Fortschreibung der politischen Kulturforschung. Das Aufkommen aktueller Bücher, die maßgeblich auf Fragen der politischen Kulturforschung zurückgreifen (u.a. Mounk 2017; Levitsky und Zieblatt 2018) zeigt die Relevanz.

Doch noch immer fristet die politische Kulturforschung im Curriculum von politikwissenschaftlichen Lehrplänen eher eine Art Schattendasein. Einzelne aktuelle Themen werden zwar gerne in Veranstaltungen aufgenommen, ihre mögliche konzeptionelle Einbindung aber vernachlässigt. Hier soll das vorgelegte Lehrbuch weiterhelfen und eine breit gefächerte Diskussionsgrundlage für Forschung und Lehre zu diesem Themenkomplex schaffen. Ein Ziel der Publikation ist es, die Relevanz kulturalistischer und auf subjektive Sichten ausgerichteter Konzepte für die Politikwissenschaft zu illustrieren und in die gängige Forschung zum Themenbereich Demokratie einzuordnen. Da die vorliegende Publikation als Studien- oder Lehrbuch konzipiert ist, ist es unvermeidlich, an verschiedenen Stellen Verkürzungen der theoretischen Argumente und Beschränkungen der empirischen Beispiele vorzunehmen. Uns war es wichtiger, dass die Grundprinzipien der politischen Kulturforschung nachvollziehbar, auch in ihrer vergleichenden Perspektive, erkennbar werden, als ein Buch für die spezielle Diskussion der Fachdisziplin zu schreiben. Die vorliegende Publikation sollte genügend Anregungen enthalten, dass Studierende des Faches Politikwissenschaft oder der Sozialwissenschaften an diesem forschungstechnisch offenen Feld der Politikwissenschaft Interesse finden. Dem soll auch das Format des Buches Rechnung tragen. Durch die Integration von Memoboxen werden besonders wichtige Aussagen einzelner Kapitel noch einmal hervorgehoben. Zentrale Diskussionen werden durch eigene Diskussionsboxen veranschaulicht. Beigefügte Literaturlisten von Kernliteratur sollen zur Vertiefung einzelner Themen beitragen. Wir hoffen, dass beide Instrumente beim Verständnis der nicht immer einfachen Materie weiterhelfen.